Nr. 276. 40. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Donnerstag, 1. Juni 1911

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Diamanten.

Seitdem im Mai des Jahres 1910 der bekannte „Diamantenvertrag" mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika zur Unterzeichnung gelangt ist, hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger es verstanden, den Markt der Kolonialwerte ständig in Aufregung zu halten. Sein Kampf gegen die Rechtsgültigkeit des Vertrages und seine Bestrebungen auf Abänderung der gemachten Vereinbarungen bildeten ständig einen Grund zur Beunruhigung der deutschen Kapitalisten, die ihr Geld in Kolonialwerten investiert hatten. Diese Beunruhigung wurde noch verschärft durch die fortwährenden Anträge, die dieser Abgeordnete im Laufe eines Jahres gestellt hatte, und die auf Beeinträchtigung wohlerworbener Rechte und Heranziehung des Großkapitals zu außergewöhnlichen Leistungen hinausliefen. Einer dieser Hauptanträge war die Abänderung des Diamantenvertrages, ferner die Entziehung wesentlicher Rechte der Kolonialgesellschaft und endlich die Heranziehung der großen Unternehmungen in Südwestafrika zu einer sogenannten „Kriegssteuer".

Wenn man heute nach Erledigung des Kolonialetats durch die Budgetkommission sich vergegenwärtigt, daß von allen diesen Anträgen Erzbergers kein einziger im Reichstage eine Majorität erlangt hat, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß Erzberger eine parlamentarische Niederlage erlitten hat: der Kriegssteuerantrag, der seinerzeit wie eine Katastrophe in der Börse gewirkt hat, ist von Erzberger überhaupt nicht mehr eingebracht worden, nachdem das Kolonialamt in einer Denkschrift klar und überzeugend nachgewiesen hatte, daß die deutschen Kolonien zur Kriegssteuer nicht herangezogen werden können, ohne deren Bilanz ernstlich zu gefährden. In der Frage der Rechtsgültigkeit des Diamantenvertrages stand Erzberger fast ganz allein, und selbst die Mitglieder seiner eigenen Partei leisteten ihm bei seinem Vorgehen keine Gefolgschaft. Der Diamantenvertrag ist in ungeänderter Form anerkannt worden und alle Anregungen Erzbergers auf Abänderung, Begrenzung von Rechten usw. sind glatt unter den Tisch gefallen. Ja sogar Erzberger hat davon abgesehen, seine diesbezüglichen Forderungen vor dem Plenum noch einmal zu vertreten.

Trotz seiner parlamentarischen Niederlage verkündet Erzberger von neuem die Mär, daß Millionen, die eigentlich dem Reiche gehören, an das Großkapital verschleudert seien. In Zeitungsartikeln und Reden weist er darauf hin, daß er es gewesen sei, der zuerst die Allgemeinheit auf diesen Schaden aufmerksam gemacht habe. Die Diskussionen der Budgetkommission bedeuten nun den völligen Zusammenbruch der Erzbergerschen Behauptungen. Nach den Ausführungen von Lindequist sind in einer geheimen Sitzung der Budgetkommission drei Gesichtspunkte als Richtlinien festgelegt worden für den Abschluß des Diamantenvertrages:

1. daß versucht werde, für das Reich einen großen Vorteil herauszuschlagen;
2. daß die Limitierung der fiskalischen Beteiligung auf 8 Millionen Mark nach oben unter allen Umständen beseitigt werde;
3. daß man zu einer zeitlichen Begrenzung der Rechte der Kolonialgesellschaft komme.

Diese Richtlinien sind erst jetzt bekannt geworden, und wenn man daraufhin den Diamantenvertrag nachprüft, so muß man zugeben, daß er sich im allgemeinen mit den Wünschen des Reichstages deckt. Daß mit der Kolonialgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen werden sollte, war die allgemeine Ansicht des Reichstages, und mit Recht konnte Lindequist in der Budgetkommission darauf verweisen, daß es nur zwei Wege gäbe: entweder den Vertrag abzuschließen, oder aber mit der Kolonialgesellschaft einen Millionenprozeß anzustrengen!

Die Frage eines Prozesses mit der Kolonialgesellschaft ist auch von seiten der Regierung erwogen worden. Man ist von diesem Gedanken aber abgekommen, weil erstens die Gutachten des Reichsjustizamtes den Ausgang des Prozesses mindestens als zweifelhaft bezeichneten. Hinzu kommt, daß während der Dauer eines Prozesses, die man auf mehrere Jahre veranschlagen muß, ein ordnungsmäßiger Diamantenabbau nicht betrieben werden konnte, und daß alsdann dem Fiskus nicht die hohen Einnahmen aus den Diamantenzöllen zugeflossen wären, über die er jetzt verfügt (7 Millionen Mark). Um allen diesen Eventualitäten zu entgehen, ist der „Diamantenvertrag" abgeschlossen worden, der vor allem eine feste gesetzliche Grundlage für die Kontrahenten bilden sollte.

In der Budgetkommission wurden aber noch drei weitere Behauptungen des Abgeordneten Erzberger gründlich ad absurdum geführt. Erzberger hatte behauptet, daß der Kolonialgesellschaft „Ewigkeitsrechte" verliehen worden seien. Demgegenüber konnte der Justitiar des Reichskolonialamts, Geheimrat Dr. Meyer-Gerhard, in der Budgetkommission darauf hinweisen, daß auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von einem Ewigkeitsrecht keine Rede sein könne. Die Deutsche Diamantengesellschaft ist vielmehr gezwungen, einen ordnungsmäßigen Bergwerksbetrieb zu beginnen und ununterbrochen fortzusetzen. Kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so kann die Bergbehörde die Aufhebung des Bergwerkseigentums herbeiführen. Die gesamten von der Diamantengesellschaft belegten Felder scheiden nach einer gewissen Zeit, das heißt, wenn kein Abbau mehr betrieben wird, aus dem Bergwerkseigentum der Deutschen Diamantengesellschaft wieder aus.

Die zweite Behauptung Erzbergers, das von der Kolonialgesellschaft an den Fiskus abgetretene Land sei wertlos, wurde schon durch den Hinweis entkräftet, daß dieser Landbesitz zum Zwecke der Umsatzsteuer vom Gouverneur mit 1¼ Millionen Mark veranschlagt worden sei, woraus klar hervorgeht, daß weder der Gouverneur noch die Kolonialgesellschaft das Land für wertlos angesehen haben.

Eine besonders gründliche Widerlegung erfuhr das Schlußwort Erzbergers von den „Millionengeschenken": zuerst operierte Erzberger damit, daß Dernburg eine Milliarde verschenkt habe. In der Budgetkommission stellte demgegenüber Lindequist fest, daß Dernburg niemals den Diamantenreichtum auf eine Milliarde geschätzt habe. Erzberger reduzierte alsdann die Schätzung des „Millionengeschenks" auf 400 Millionen Mark, indem er sich auf eine angebliche Taxe von Professor Scheibe stützte. Nachdem man Erzberger nachgewiesen hatte, daß auch diese Schätzung falsch war, behauptete er, Dernburg habe 112 Millionen Mark an die Kolonialgesellschaft verschenkt. Aber auch diese Zahl konnte der Kritik der Fachleute nicht standhalten. Schon Lindequist wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß, wenn eine Schätzung von 400 Millionen zutreffend sei — worüber noch völlige Unklarheit bestehe — mit dieser Schätzung nur das gesamte Diamantengebiet gemeint sein könne, von dem die Kolonialgesellschaft nur einen verhältnismäßig kleinen Teil besitzt. Zieht man von dieser Zahl diejenigen Werte ab, die den anderen Gesellschaften zufallen, sowie das, was der Staat an Ausfuhrzöllen und Gebühren erhält, so kommt insgesamt nur ein Betrag von 48 Millionen in Frage, von dem noch nicht einmal feststeht, ob er vorhanden ist, und von dem man noch nicht einmal weiß, wieviel davon als Nettovertrag übrigbleibt. Man sieht also, was aus der Phrase, der frühere Staatssekretär habe eine Milliarde Mark Staatsvermögen verschleudert, geworden ist.

Die Absetzung des marokkanischen Großwesirs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 1. Juni.

Die Depeschen aus Fez beschäftigen sich besonders mit der Absetzung des Großwesirs El Glaui, die in ziemlich schroffer Form erfolgt ist. Am 26. Mai ließ der Sultan El Glaui zunächst sagen, er brauche sich nicht mehr in den Palast zu bemühen. Im Laufe des Tages ergänzte Muley Hafid diese Botschaft, die ihm noch nicht deutlich genug war, durch die Mitteilung, daß El Glaui seines Amtes fortan enthoben sei. Der Großwesir, der wirklich krank ist, antwortete darauf nur: „Uakha!" (Es ist gut.) Die Zukunft wird lehren, ob El Glaui und seine einflußreiche Familie diese Absetzung ruhig hinnehmen werden. Viele glauben, daß El Glaui in Marrakesch einen neuen Sultan ausrufen lassen wird. Auch der Sohn El Glauis, der bisherige Kriegsminister, hat sein Amt verloren. Die Stämme scheinen zunächst mit der Absetzung sehr zufrieden zu sein, da sie El Glaui vorwerfen, er habe sich auf ihre Kosten bereichert. Vorläufig freilich ist der gestürzte Wesir noch im Besitz seines persönlichen Vermögens. Wenn die Frucht seiner Manipulationen konfisziert würde, so sollen nach den wahrscheinlich übertriebenen Angaben dem Staatsschatz etwa 40 Millionen Francs wieder zufallen.

Die Schuld des Wesirs.

In einer Depesche der Agence Havas aus Fez wird der gestürzte Wesir El Glaui als die Wurzel aller Uebel bezeichnet, die Muley Hafid in jüngster Zeit betroffen hätten. Durch die Franzosen sei er nun von diesem „Uebersultan" befreit. In der Depesche heißt es: „Seit zwei Jahren hat El Glaui seine Stellung als Großwesir in maßloser Weise dazu mißbraucht, um alle möglichen Erpressungen und Bedrückungen an den Stämmen auszuüben. Dadurch hat er auch die gegenwärtige Erhebung hervorgerufen. Muley Hafid fühlte sich nicht stark genug, um nach Belieben zu handeln, aber seit der Ankunft Moiniers fühlt sich der Sultan sicherer und zeigt sich von außerordentlicher Strenge gegen El Glaui. Ganz unvermittelt bedeutete der Sultan dem Großwesir, er möge Rechnung über die Riesensummen ablegen, die er von allen Stämmen erhalten, aber dem Staatsschatz niemals abgeliefert habe. El Glaui weigerte sich, und der Sultan entschloß sich, ihn abzuberufen. El Glaui, der an Tuberkulose schwer krank ist, wird seine Freiheit behalten, ohne jedoch Fez verlassen zu können. Ebenso werden ihm seine persönlichen Güter erhalten bleiben, die Güter aber, die ihm Muley Hafid gegeben hat, wird der Machsen wieder einziehen. Ein Nachfolger El Glauis wird nicht ernannt werden. Er wird von dem Sekretär Arbi el Hassnaui vertreten werden. Die Abberufung El Glauis wird möglicherweise eine Bewegung unter den Stämmen herbeiführen, und Muley Zin kann diese Tatsache als Einmischung der Christen in die Angelegenheiten Marokkos ausbeuten. Der Fremdenhaß wächst. Sefru droht einen Angriff von den Ait Aiussi. Die Mahalla Omrani hat am 29. Mai den Marsch von Ilessa gegen

Posen und die Ostdeutsche Ausstellung.

Von [Nachdruck verboten.]

Paul Harms.

I. Die Stadt.

Außer dem „fernen Osten" und dem „nahen Osten" der hohen Politik haben wir, für unseren innerdeutschen Bedarf, noch den nächsten Osten. Von dem wissen wir am wenigsten. Darum ist es nützlich und gut, daß der Osten selbst sich gerührt hat, um in einer großen Ausstellung zu zeigen, was er kann, sich und den anderen.

Posen, die Ausstellungsstadt, ist von Berlin aus in vier bequemen Stunden zu erreichen. Die Fahrt ist eine wahre Nervenberuhigung. Draußen „nix als Gegend" — wie mein Bonner Studienfreund von der Mineralogie zu sagen pflegte — gekleidet in alle Schattierungen von wohltuendem Grün. Ernstes, dunkles Grün des alten Nadelwaldes, leichtfertig lachendes Grün des jungen Laubholzes, behäbig sattes Grün der Wiesen. Man kann sich vertrauensvoll ans Fenster stellen und das der Großstadt müde Auge auf all dem Grün ausruhen lassen. Und man braucht nicht zu fürchten, sich plötzlich — wie etwa bei den Schnellzügen rheinauf, rheinab — in der entgegengesetzten Ecke des Abteils wieder zu finden, sanft gebettet im Schoß einer zu Tod erschrockenen Dame jenseits von gut und böse, oder auf dem ehedem steifen Hut eines fluchenden Herrn. Lebensgefährliche Kurven gibt's nicht, auch wird das Bild der Landschaft nicht, wenn's just am schönsten ist, jäh von der stickigen Finsternis eines Tunnels verschlungen. Man rollt immer geradeaus, immer geradeaus, nicht im Fieber innerer Ueberhitzung, wie der Soldatenzug am Schlusse von Zolas „Bête humaine", sondern sanft geleitet von der Vaterhand einer königlich preußischen Eisenbahnverwaltung, die für leichtfertige Kohlenverschwendung, und wäre sie noch so dramatisch wirksam in Szene gesetzt, keinen Sinn hat. Man erlebt nichts Aufregendes auf dieser Fahrt — und gerade darum ist sie so bekömmlich.

Allenfalls darfst du dir hinter Frankfurt, links von der Bahn, die Gegend etwas genauer ansehen. Sofern du nämlich ein Preuße bist, was freilich in manchen Kreisen, namentlich Süddeutschlands, schon als beklagenswerter Mangel eines sonst anständigen Charakters gilt. Da krauzen, zwischen den Teichen und Kiefern und weiter hinten auf der Heide, da hat einmal das Schicksal des preußischen Staates so scharf auf der Wippe gestanden, wie nie zuvor noch nachher. Da stieß, am Abend eines glühendheißen Augusttages, der alte Fritz seinen Degen vor sich in den Sand, kreuzte die Arme über der Brust und murmelte verzweifelt zwischen den Zähnen: „Gibt es denn heute keine verdammte Kugel für mich?" O ja, es hatte schon eine gegeben. Sie liegt im Hohenzollernmuseum, auf derselben goldenen Tabaksdose, die sie in der Tasche des Königs abfing. Dies kleine Stück Blei ist mir immer als das greifbarste Beweisstück gegen die nichts-als-materialistische Geschichtsauffassung erschienen, das sich denken läßt. Es ist hinterher natürlich leicht zu dozieren, daß aus den und den ökonomischen Gründen „alles so kam, wie es kommen mußte". Aber gesetzt, jene Kugel wäre nicht in ihrem Laufe gehemmt worden; wer, der die Geschichte jener Tage einigermaßen kennt, möchte behaupten, daß der Preußenstaat den Zusammenbruch dieses Augusttages so überlebt hätte, wie er ihn überlebt hat? Gewiß sind die wirtschaftlichen Lebensbedingungen eines Volkes bestimmend für seine Geschichte. Aber der Menschengeist und der Menschenwille, der beobachtend über diesen Bedingungen steht, der gehört auch mit in die weltgeschichtliche Rechnung. Leben will zunächst einmal jeder, der einzelne wie das Volk, aber es ist ein Unterschied, wie man lebt und zu welchen Zielen man lebt. Ob nur so gerade „den Umständen nach", von ihnen sich treiben lassend, oder vielleicht „den Umständen zum Trotz", als ihr Herr und Meister. Das System von heute ist mehr für „den Umständen nach". Unsere „führenden" Männer lassen sich treiben und steuern, der eine geschickter, der andere weniger geschickt, ihr Schifflein, so lange Wasser da ist, es zu tragen. Sitzt aber das Schifflein einmal auf dem Sande, so treten sie ab und sind — die führenden Männer von gestern, deren wir ja nun schon ein stattliches Museum voll haben. Naturen, die die Summe ihrer Kraft bis zum letzten Atemzug einsetzen und mit zäher Leidenschaft das Ziel verfolgen, an das sie glauben, sind weder unter den führenden Männern von heute noch unter denen von gestern. Davon ist man nie tiefer überzeugt, als wenn man just über das Schlachtfeld von Kunersdorf fährt.

Und das liegt auf der Schwelle der Ostmark. Der deutschen Ostmark, wo der Mensch wirklich nicht weit kommt, wenn er nur so „den Umständen nach lebt", wo er ihnen zum Trotz ein Leben voll Kampf leben muß, will er sich auf die Dauer durchsetzen. Nun, der erste Eindruck ist nichts weniger als entmutigend. Posen — das zeigt schon ein flüchtiger Blick — ist eine Stadt, deren Bürgertum seine Kräfte tüchtig gerührt hat. Wer die Stadt betritt, ausgerüstet mit dem liebenswürdigen Vorurteil des Berliners, daß jenseits des Schlesischen Bahnhofs die Kultur überhaupt aufhöre, der erlebt eine gründliche Ueberraschung. Was sich da, gleich vor dem Posener Bahnhof, auftut, ist eine funkelnagelneue Großstadt, mit breiten Straßen und geräumigen Plätzen, und zwar keine aus Stein und Eisen, sondern eine wahre Gartenstadt, in der Mutter Natur auch da noch ein Wörtlein mitzureden hat, wo anderwärts nur die Bodenpreise zum Himmel schreien. Man muß die Stadt schon ziemlich weit ostwärts durchwandern, um das „alte" Posen zu finden. Das schönste Stück davon, das Stadthaus, haben sie von Kopf zu Fuß mit einem schweren Balkengerüst umkleidet; möge der ehrwürdige Bau die Restauration überstehen, ohne Schaden zu nehmen an seiner künstlerischen Seele! Vielleicht ist jede Besorgnis überflüssig, aber — man wird heutzutage immer gleich ängstlich, wenn man solch ein Gerüst erblickt, in dem sich der entschlossene Vorsatz zu großen Taten ausdrückt.

Ueber den Markt hinaus, jenseits der Warthe, bekommen die Straßen einen völlig anderen Charakter — und leider auch ein anderes Pflaster. Dies ist die Gegend, wo eine Destille fortan Destyllacya heißt, und die Damenkonfektion Konfekcya damska, wo aus der Friseurin eine Fryzyerka und aus der Hebamme eine Akuscerka wird. Die Häuser werden immer kleiner und dürftiger, die Straßen immer unansehnlicher, und erst nachdem man eine zweite Brücke über einen Warthearm überschritten hat, bekommt die Stadt wieder einen vornehmeren Anstrich. Allerdings mit einem etwas melancholischen Stich ins Ancien régime. Hier, im Domviertel, ist man im ältesten Posen, noch weiter östlich, in der Vorstadt Schodka, im schmutzigsten. Und vor dem Marschauer Tor, ganz im Grünen versteckt, zeugt noch das Johanneskirchlein von einer zweiten Vorstadt, die es in alten Zeiten hier gegeben hat.

Im 13. Jahrhundert wurde dann die Niederung des westlichen Wartheufers besiedelt, das Stadtviertel um den Alten Markt, dessen Anlage sich im ganzen erhalten haben wird. Dies Posen W. des Mittelalters war ursprünglich eine vorwiegend deutsche Stadt, wurde später aber polonisiert, blühte unter den Jagellonen lebhaft auf — es soll damals 20 000 Einwohner gehabt haben und war sicher eine reiche Stadt — und versiel zugleich mit der polnischen Herrlichkeit. Die Preußen besetzten 1793 eine heruntergekommene Stadt von 12 000 Einwohnern. Heute hat sie beinahe 160 000.

Aber diese neue Stadt ist noch weiter nach Westen gewandert. Posen WW. ist auf die Anhöhe hinaufgeklettert, zu der sich die Wartheniederung ungefähr da erhebt, wo das alte Schloß der Polenkönige steht. Ein Stück der alten Stadtmauer ist auch noch da. Im